



Demografiertypisierung 2020

Typ 8: Wohlhabende Städte und Gemeinden
in wirtschaftlich dynamischen Regionen

Inhalt

| | |
|--|-----------|
| Informationen zur Typisierung | 3 |
| 1 Räumliche Einordnung | 5 |
| 2 Charakteristika | 6 |
| 3 Herausforderungen | 9 |
| 4 Potenziale und Handlungsansätze | 11 |
| 5 Indikatorenerläuterung | 15 |

Kontakt

Dr. Tobias Bürger | Petra Klug
Programm LebensWerte Kommune
Bertelsmann Stiftung
Telefon 05241 81-81 832 | -81 347
tobias.buerger@bertelsmann-stiftung.de | petra.klug@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de | www.wegweiser-kommune.de

Informationen zur Typisierung

Die Typisierung 2020 wurde von der Faktor Familie GmbH auf der Grundlage des Datenportals Wegweiser Kommune gerechnet: Datenstand ist das Berichtsjahr 2018, Gebietsstand der 1. Januar 2019.

Mithilfe einer Faktorenanalyse wurden in einem ersten Schritt charakteristische Ausprägungen ausgewählter sozioökonomischer und demografischer Indikatoren analysiert und zu den drei Faktoren „Demografie“, „Urbanität/Wirtschaftsstandort“ und „Sozioökonomie“ aggregiert. Im zweiten Schritt wurden mittels dieser Faktoren und einer Clusteranalyse über 3.000 Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohner:innen zu insgesamt elf Demografietypen zusammengefasst. Dabei wurden Kommunen so zu Gruppen zusammengefasst, dass die Unterschiede zwischen den Kommunen eines Typs möglichst gering, die Unterschiede zwischen den Typen aber möglichst groß sind.

Die Analysen und Beschreibungen der Handlungsansätze bauen auf den bisherigen Typisierungen auf, die 2017 von der Faktor Familie GmbH sowie vom Planungsbüro „STADTREGION. Büro für Raumanalysen und Beratung“ unter Einbeziehung von Experteninterviews entwickelt wurden. Die hier vorgestellten Handlungsansätze stellen einen Orientierungsrahmen für Kommunen dar, können die individuelle Betrachtung jeder einzelnen Kommune und spezifische, lokale Strategien aber nicht ersetzen.

Bei den Empfehlungen wurde ein breites Spektrum an Handlungsfeldern in den Blick genommen und je nach Typ priorisiert. Die Typisierung ist zu einem Zeitpunkt entstanden, zu dem noch nicht klar war, welche Auswirkungen die Coronapandemie mittel- und langfristig auf kommunales Handeln hat. Dies betrifft nicht nur den finanziellen Handlungsspielraum, sondern viele Handlungsfelder, wie Mobilität oder digitale Infrastrukturen. Die Frage, ob und wie sich unser Zusammenleben in den Städten und Gemeinden durch die Pandemie verändern wird, ist noch offen und konnte daher bei dieser Typisierung noch nicht berücksichtigt werden.

[Demografietypisierung – Methodische Erläuterungen](#)

[Demografietypisierung im Wegweiser Kommune](#)

Demografietyp 8

Wohlhabende Städte und Gemeinden in wirtschaftlich dynamischen Regionen

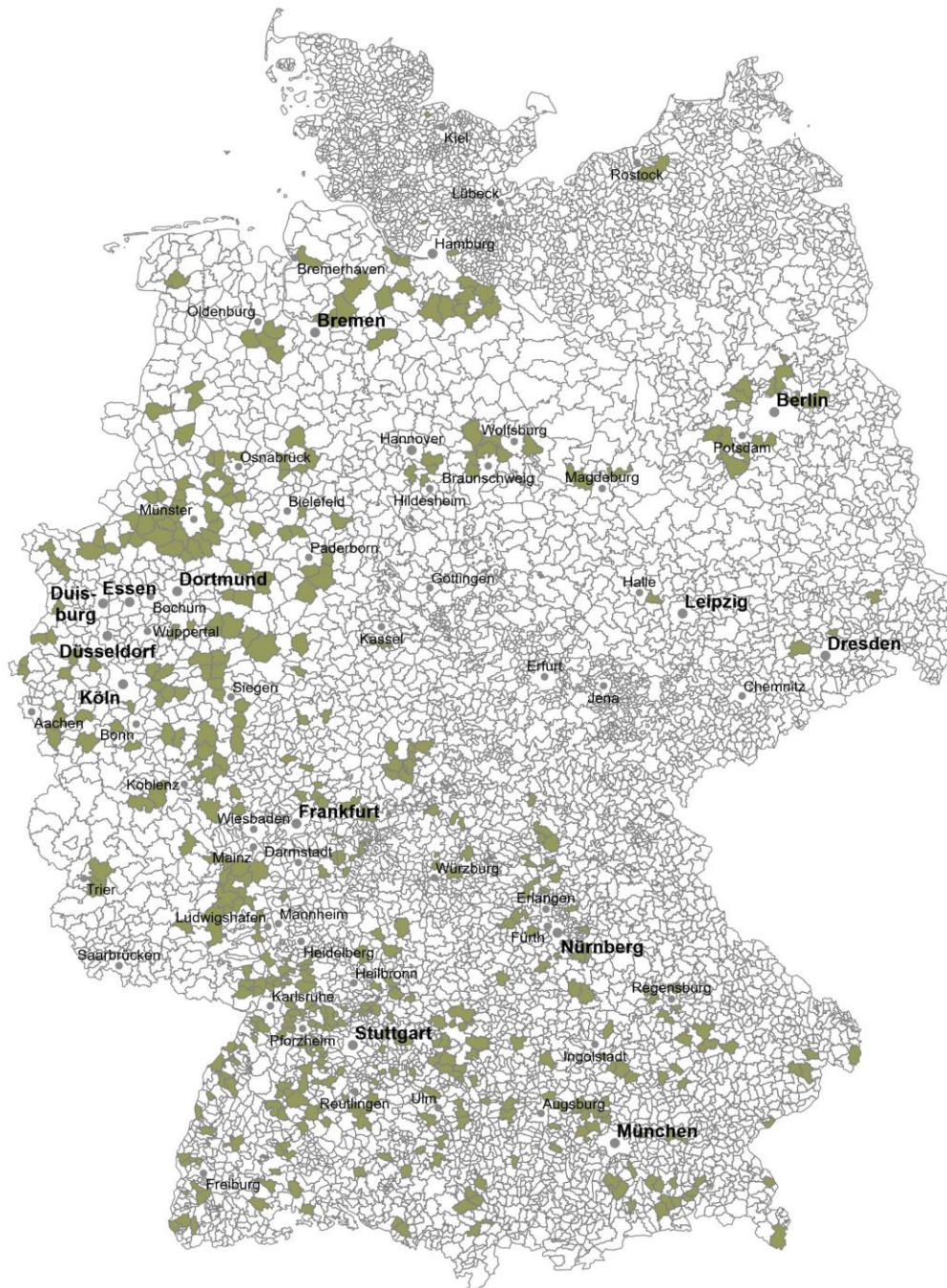
Insgesamt sind diesem Typ 466 Kommunen zugeordnet

- ⇒ Häufig kleinere, ländliche Gemeinden im Umfeld größerer Städte
- ⇒ Leichtes Wachstum und moderate Alterung
- ⇒ Hoher Anteil von Einpersonen-Haushalten
- ⇒ Hohe Kaufkraft und geringe Arbeitslosigkeit

1 Räumliche Einordnung

Der Typ 8 umfasst 466 eher kleinere Gemeinden, in denen fast 5,2 Millionen Einwohner:innen leben. Mehr als die Hälfte (54,7 Prozent) hat weniger als 10.000, weitere 41 Prozent haben 10.000 bis unter 25.000 Einwohner:innen (Abbildung 3). Kreisfreie Städte sind in diesem Typ nicht vertreten. Die Kommunen des Typs 8 sind bundesweit zu finden, mit regionalen Schwerpunkten im Westen und Süden Deutschlands (Abbildung 1).

Abbildung 1: Lage der Kommunen des Typs 8

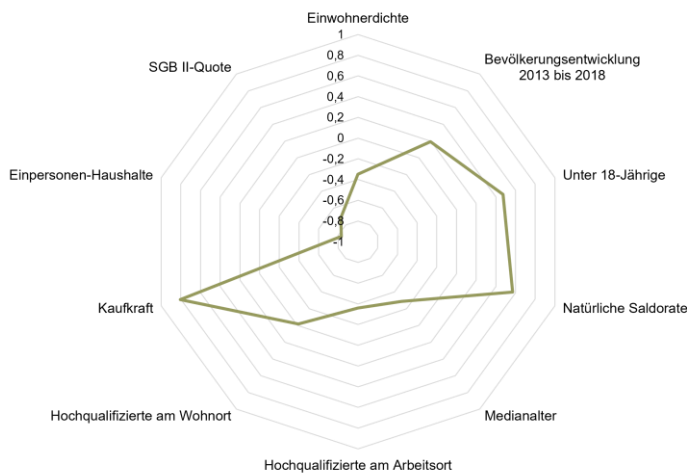


■ Demografietyp 8

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

2 Charakteristika

Abbildung 2: Profil des Demografietyps 8



z-transformierte Ausgangsindikatoren der Typisierung

■ Mittelwert des Typs 8

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Die häufig an größere Städte angrenzenden suburbanen Gemeinden fallen durch eine besonders niedrige SGB II-Quote von 3,2 Prozent und eine überdurchschnittliche Kaufkraft privater Haushalte (58.149 Euro) auf (Tabelle 1). Der Anteil an Einpersonen-Haushalten ist mit 30,1 Prozent sehr gering und nur im Typ 9 „Wachsende familiengeprägte ländliche Städte und Gemeinden“ noch geringer. Dementsprechend ist der Wert für den Faktor „Sozioökonomie“ mit 0,88 sehr hoch und wird nur von den Typen 10 „Wohlhabende Städte und Gemeinden im Umfeld von Wirtschaftszentren“ und 11 „Sehr wohlhabende Städte und Gemeinden in Regionen der Wissensgesellschaft“ übertroffen. Dieses insgesamt stabile und überdurchschnittliche Niveau der sozioökonomischen Ausgangsindikatoren ist kennzeichnend für die Gemeinden des Typs.

Der Faktor „Demografie“ liegt demgegenüber nur leicht über dem Durchschnitt (0,30), was sich in leicht überdurchschnittlichen Werten der Indikatoren „Bevölkerungsentwicklung“, „natürliche Saldorate“ und „Anteil der unter 18-Jährigen“ und einem leicht unterdurchschnittlichen Medianalter abbildet.

Der leicht unterdurchschnittliche Wert des Faktors „Urbanität/Wirtschaftsstandort“ (-0,28) resultiert aus einer im Mittel geringen Einwohnerdichte (2,4 Ew. je Hektar) und einem niedrigen Anteil an Hochqualifizierten am Arbeitsplatz (8,0 Prozent). Der Anteil der Hochqualifizierten am Wohnort (12,0 Prozent) entspricht in etwa dem Durchschnitt aller typisierten Städte und Gemeinden.

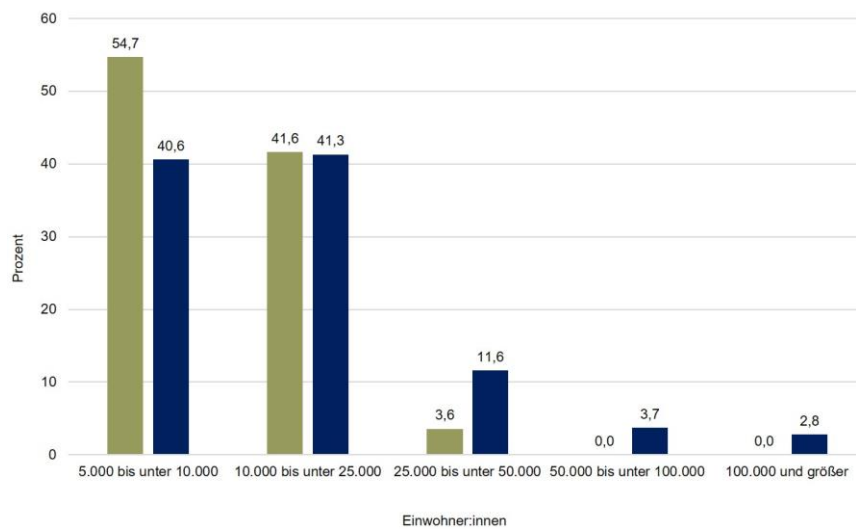
Tabelle 1: Mittelwerte und Standardabweichungen der Faktoren und Indikatoren des Typs 8

| | Mittelwert des Typs 8 | Median des Typs 8 | Standardabweichung | Minimum | Maximum | Mittelwert alle Typen | Median alle Typen |
|--|-----------------------|-------------------|--------------------|---------|---------|-----------------------|-------------------|
| Faktor 1: Demografie | 0,30 | 0,28 | 0,39 | -0,73 | 1,72 | 0,00 | |
| Faktor 2: Urbanität/Wirtschaftsstandort | -0,28 | -0,29 | 0,43 | -1,34 | 0,65 | 0,00 | |
| Faktor 3: Sozioökonomie | 0,88 | 0,81 | 0,38 | 0,21 | 2,22 | 0,00 | |
| Ausgangsindikatoren | | | | | | | |
| Bevölkerungsentwicklung 2013 bis 2018 (%) | 2,60 | 2,44 | 2,10 | -8,55 | 8,96 | 1,98 | 2,08 |
| Natürliche Saldorate* (je 1.000 Einwohner) | -1,1 | -1,2 | 2,0 | -8,0 | 5,0 | -3,1 | -2,7 |
| Anteil unter 18-Jährige (%) | 17,2 | 17,1 | 0,9 | 15,2 | 20,2 | 16,5 | 16,6 |
| Medianalter | 46,7 | 46,8 | 1,4 | 42,4 | 51,1 | 47,7 | 47,6 |
| Einwohnerdichte (Einwohner je Hektar) | 2,4 | 2,0 | 1,5 | 0,4 | 10,7 | 3,9 | 2,2 |
| Hochqualifizierte am Arbeitsort (%) | 8,0 | 7,7 | 2,6 | 2,8 | 19,7 | 10,0 | 8,7 |
| Hochqualifizierte am Wohnort (%) | 12,0 | 11,7 | 3,3 | 5,1 | 23,4 | 12,1 | 10,5 |
| Einpersonen-Haushalte (%) | 30,1 | 30,3 | 4,5 | 15,6 | 41,2 | 35,6 | 35,7 |
| Kaufkraft (Euro je Haushalt) | 58.149 | 57.913 | 4.151 | 45.503 | 75.859 | 51.908 | 51.747 |
| SGB II-Quote (%) | 3,2 | 3,2 | 1,4 | 0,5 | 8,0 | 6,0 | 4,9 |

■ Kommunen des Typs 8

* gemittelt über die letzten 4 Jahre

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Abbildung 3: Größenstruktur der Kommunen im Typ 8


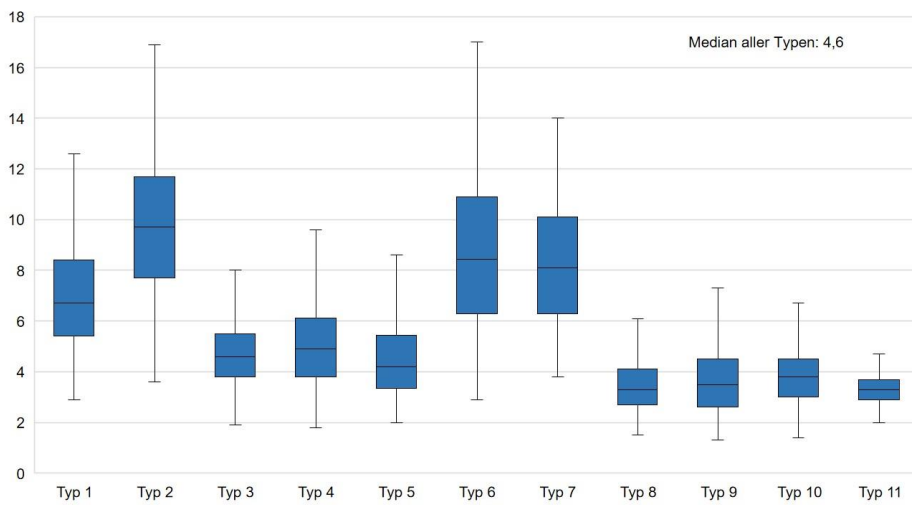
■ Kommunen des Typs 8 ■ Durchschnittswert aller Typen

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Weitere Kernindikatoren zur Beschreibung kommunaler Entwicklung

Ergänzend zu den sozioökonomischen Indikatoren, die in die Typisierung eingeflossen sind, kann der Indikator „Arbeitslosenanteil“ Hinweise auf die Verbreitung prekärer Lebenslagen aufzeigen. Die Kommunen des Typs 8 weisen hier die geringste Betroffenheit im Vergleich aller Typen auf (Abbildung 4): So liegt der Median mit 3,3 Prozent deutlich unter dem aller Typen (4,6 Prozent) (Tabelle 2).

Abbildung 4: Arbeitslosenanteil der Kommunen im Typ 8

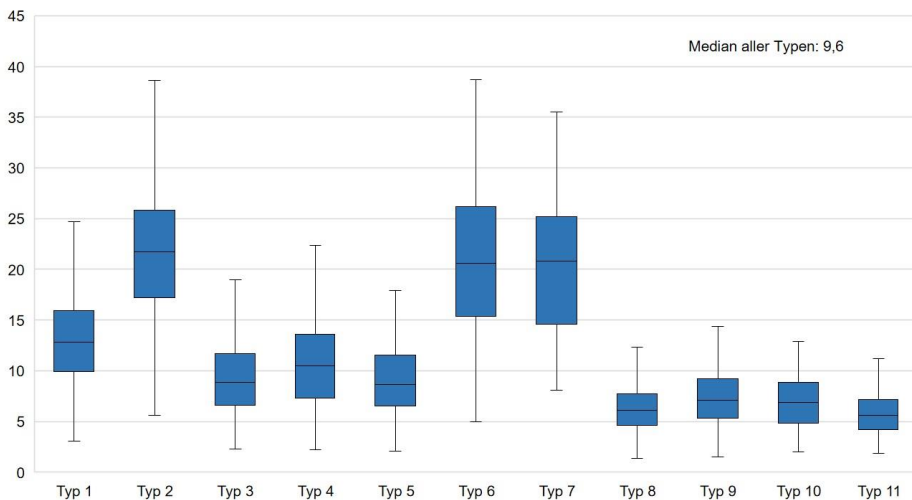


■ Arbeitslosenanteil gesamt

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Vergleichbares gilt für den Indikator Kinderarmut, der ebenfalls auf soziale Problemlagen und die Zukunftschancen der unter 15-Jährigen in einer Kommune verweist (Abbildung 1). Mit 6,1 Prozent liegt der Median unter dem Wert aller Typen (9,6 Prozent). Allerdings zeigt die Spreizung von 1,4 Prozent im Minimum zu 14,9 Prozent im Maximum, wie unterschiedlich die Armutslagen in den Kommunen innerhalb des Typs verteilt sein können (Tabelle 2).

Abbildung 5: Kinderarmut der Kommunen im Typ 8



■ Kinderarmut

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Tabelle 2: Mittelwerte und Standardabweichungen demografischer Gegebenheiten des Typs 8

| | Kommunen ohne Angaben | Mittelwert des Typs 8 | Median des Typs 8 | Standard-abw. | Minimum | Maximum | Mittelwert alle Typen | Median alle Typen |
|---|-----------------------|-----------------------|-------------------|---------------|---------|---------|-----------------------|-------------------|
| Funktion/Siedlungsstruktur | | | | | | | | |
| Einwohner | | 11.141 | 9.296 | 6.246 | 5.002 | 46.590 | 24.799 | 11.803 |
| Pendlersaldo an der Bevölkerung - gesamt (%) | | -22,0 | -24,6 | 19,2 | -57,2 | 98,3 | -10,1 | -14,8 |
| Arbeitsplatzzentralität | | 0,65 | 0,61 | 0,30 | 0,15 | 2,48 | 0,84 | 0,77 |
| Demografische Entwicklung | | | | | | | | |
| Geburten* (je 1.000 Einwohner) | | 9,0 | 8,9 | 0,8 | 6,8 | 11,3 | 8,7 | 8,7 |
| Anteil 65- bis 79-Jährige (%) | | 20,4 | 20,5 | 1,6 | 14,7 | 26,2 | 22,5 | 22,0 |
| Anteil ab 80-Jährige (%) | | 5,9 | 5,9 | 0,8 | 3,2 | 9,9 | 6,7 | 6,6 |
| Ausländeranteil (%) | 2 | 8,2 | 7,7 | 3,4 | 0,8 | 20,3 | 9,5 | 8,8 |
| Entwicklung Ausländeranteil** (%) | 108 | 0,54 | 0,52 | 0,24 | -0,25 | 1,56 | 0,62 | 0,59 |
| Wanderungen | | | | | | | | |
| Bildungswanderung* (je 1.000 Einwohner) | 123 | -20,6 | -21,1 | 20,2 | -83,3 | 57,1 | -6,2 | -10,5 |
| Familienwanderung (je 1.000 Einwohner) | 121 | 16,5 | 16,0 | 7,6 | -33,6 | 49,6 | 16,0 | 15,4 |
| Alterswanderung* (je 1.000 Einwohner) | 126 | 0,6 | 0,1 | 6,4 | -16,4 | 27,2 | 1,0 | 0,4 |
| Wanderungssaldo* (je 1.000 Einwohner) | 212 | 6,7 | 6,5 | 4,2 | -3,3 | 21,8 | 8,1 | 7,7 |
| Wirtschaftliche Situation | | | | | | | | |
| Arbeitsplatzentwicklung vergangene 5 Jahre (%) | | 15,4 | 13,8 | 11,7 | -28,2 | 68,8 | 11,6 | 10,8 |
| Steuereinnahmen pro Einwohner* (Euro je Einwohner) | | 1.138 | 1.061 | 371 | 600 | 3.585 | 1.142 | 1.034 |
| Arbeitslosenanteil (%) | | 3,4 | 3,3 | 1,0 | 1,5 | 8,1 | 5,3 | 4,6 |
| Sozioökonomische Situation | | | | | | | | |
| Kinderarmut (%) | 90 | 6,3 | 6,1 | 2,4 | 1,4 | 14,9 | 11,3 | 9,6 |
| Beschäftigungsquote (%) | | 62,9 | 63,2 | 3,5 | 45,4 | 71,8 | 61,6 | 62,0 |
| Beschäftigungsquote 55- bis 64-Jährige(%) | | 52,9 | 53,3 | 4,1 | 39,4 | 63,0 | 51,8 | 52,1 |
| Verhältnis der Beschäftigungsquote von Frauen und Männern (%) | 6 | 87,9 | 87,2 | 6,6 | 69,7 | 125,7 | 89,4 | 88,4 |

■ Kommunen des Typs 8

* gemittelt über die letzten 4 Jahre

** gemittelt über die letzten 5 Jahre

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

3 Herausforderungen

Die Kommunen im Typ 8 zählen zu den leicht wachsenden und wohlhabenden Städten und Gemeinden im weiten Umfeld von Wirtschaftszentren. Die Kommunen haben in den vergangenen Jahren im Vergleich zu den anderen Demografietypen von einer überdurchschnittlichen Arbeitsplatzentwicklung profitiert. Der nur leicht unterdurchschnittliche Anteil der über 80-Jährigen verschafft den Kommunen einen Spielraum bei der Gestaltung der Alterung unserer Gesellschaft. Herausforderungen lassen sich jedoch bereits jetzt in Bezug auf die Sicherung von bedarfsgerechtem Wohnraum und der Lebensqualität älterer Menschen ausmachen. Weitere wichtige Aspekte sind die Sicherung der wirtschaftlichen Stärke und die damit einhergehenden Herausforderungen.

Strategie zur Gestaltung des demografischen Wandels

Die Gestaltung des demografischen Wandels stellt die Gemeinden vor die Herausforderung, zeitnah Strategien für einen planvollen Umgang mit den absehbaren demografischen Veränderungen zu entwickeln und sie in die Konzepte zur kommunalen Entwicklung zu integrieren. Die absehbaren Alters- und Haushaltsstrukturentwicklungen bedeuten für die Kommunen somit, sich rechtzeitig auf diese Veränderungen einzustellen und die leicht überdurchschnittliche Ausgangslage zu nutzen.

Anpassung der Infrastrukturen und Sicherung der Daseinsvorsorge

Wie viele Kommunen stehen auch Gemeinden im Typ 8 bereits seit Längerem vor der Herausforderung, das lokale Wohnungsangebot dem Bedarf nach größerer Vielfalt von Wohnungstypen anzupassen. Mit der absehbaren demografischen Entwicklung wird sich die Lage auf den lokalen Wohnungsmärkten weiter anspannen und insbesondere für Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen wird es immer schwerer, eine passende Wohnung zu finden. Die Sicherung eines bedarfsgerechten Wohnungsangebots verlangt somit, die Zahl der Wohnungen zu erhöhen und das Wohnungsangebot stärker an den veränderten Haushalts- und Altersstrukturen sowie Wohntrends auszurichten.

Die zukünftig wachsende Zahl älterer Menschen stellt die Städte und Gemeinden vor die Aufgabe, ihre Infrastrukturangebote zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zur Unterstützung einer selbstständigen Lebensführung bis ins hohe Alter auszubauen. Sie sollten ihre Siedlungsentwicklung an ihrer demografischen Entwicklung ausrichten und sich dabei vorrangig auf die Innenentwicklung konzentrieren.

Der relativ hohe Anteil der unter 18-Jährigen stellt für Kommunen eine langfristige Perspektive in Bezug auf die Bindung von Einwohner:innen und die zukünftige Stabilisierung von Steuereinnahmen dar. Um im Wettbewerb um junge Bewohner:innen und Arbeitskräfte mithalten zu können, muss nicht nur die Wohn- und Lebensqualität den Vorstellungen der zunehmend unterschiedlichen Haushalts- und Lebensstiltypen entsprechen, auch steigt für die Standorte die Bedeutung von Bereichen wie Bildung, Kultur und Mobilität sowie der Unterstützung von Familien bei der Bewältigung des Alltagslebens.

Integration von Migrant:innen und Geflüchteten

Städte und Gemeinden im Typ 8 verzeichnen im Schnitt lediglich ein unterdurchschnittliches Wachstum durch Zuwanderung. Dennoch ist die Organisation von Wohnraum für Migrant:innen für die Politik und Verwaltung der Kommunen eine wichtige Aufgabe. Zuwanderung sollte als Chance für eine Verjüngung der Bevölkerung, die Vergrößerung des Arbeitskräfteangebots und als eine Bereicherung der kulturellen Vielfalt und Innovationskraft verstanden werden. Sollten Kommunen zukünftig eine verstärkte Zuwanderung verzeichnen, verlangt dies eine zeitnahe Integration der Migrant:innen und Geflüchteten und kurzfristige Maßnahmen in vielen kommunalen Handlungsfeldern. Zugleich werden die Kommunen für politische Akzeptanz werben müssen, um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu sichern.

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Digitalisierung

Neben die Sicherung der Attraktivität als Wohnstandort tritt die Sicherung der wirtschaftlichen Stärke. Kommunen im Typ 8 sind vorrangig Wohnorte, nicht Arbeitsorte. Dennoch wird ihr weiterer wirtschaftlicher Erfolg davon abhängen, ob auch zukünftig ausreichend qualifizierte und hoch qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen und Einwohner:innen die Kommunen als Wohn- und Arbeitsort anerkennen. Die Gemeinden müssen ihr Profil schärfen, ihre zentralörtlichen Funktionen ausbauen und ihre sogenannten „weichen“ und „harten Standortqualitäten“ an die steigenden Anforderungen anpassen.

Informations- und Kommunikationstechnologien bieten vielfältige Ansatzpunkte zur Steigerung der kommunalen Leistungsfähigkeit und zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Als Innovationstreiber eröffnen sie zudem gerade in der lokalen und regionalen Wirtschaft neue Tätigkeits- und Wachstumsfelder. Um diese Entwicklungspotenziale zu nutzen, sollten Politik und Verwaltung die intelligente Vernetzung ihrer Kommune vorantreiben.

Ausbau interkommunaler und regionaler Kooperation

Für Kommunen im Typ 8 ist die überlokale Abstimmung in zentralen Handlungsfeldern, wie Wohnen, Arbeit, Infrastrukturversorgung oder öffentlicher Nahverkehr, eine wichtige Voraussetzung für die Ortsentwicklung. Dies gilt vor allem für Städte und Gemeinden, die eng mit einem Metropolraum verflochten sind. Bei der Bearbeitung von Herausforderungen werden regionale Kooperation und die Zusammenarbeit mit Partner:innen vor Ort, auch mit privaten Akteur:innen, eine wichtigere Rolle spielen müssen. Die Städte und Gemeinden sind deshalb aufgerufen, die regionale Kooperation und die Zusammenarbeit mit Partner:innen auszubauen und zu verstärken.

Die Alterungsprozesse, die in den kommenden Jahrzehnten in den Kommunen zu erwarten sind, stellen auch ein Potenzial für die Bürgergesellschaft dar. Vielfach sind es gerade die „jungen Alten“, die sich zivilgesellschaftlich engagieren wollen und damit einen wichtigen Beitrag zur Gemeinschaft leisten können. Sie benötigen dafür aber

einerseits Unterstützungsstrukturen und andererseits gewisse Entscheidungsfreiheiten. Die Kommunen sind somit gefordert, gemeinsam mit den engagierten Bürger:innen neue Formen der Beteiligung und der Mitgestaltung zu entwickeln.

4 Potenziale und Handlungsansätze

Die Städte und Gemeinden des Typs 8 befinden sich aufgrund ihrer demografischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in einer günstigen Ausgangslage, die anstehenden Anpassungsleistungen zu vollbringen:

- Die meisten Städte und Gemeinden verzeichneten leichte Gewinne in der Familienwanderung; das deutet auf eine hohe Wohnqualität und ein familien- und kinderfreundliches Umfeld hin.
- Für die regionalen Zentren ergeben sich durch die wirtschaftlichen Konzentrationstendenzen vielfältige Möglichkeiten, Umfang und Qualität ihres Infrastruktur- und Versorgungsangebots zu verbessern.
- In ländlichen Räumen und kleineren Kommunen sind Bodenständigkeit und soziale Verbundenheit i. d. R. stark ausgeprägt und damit auch die Bereitschaft der Einwohner:innen, sich für die Zukunftsgestaltung ihres Heimatortes zu engagieren.
- Die Kommunen verfügen über natürliche Potenziale, die für die Versorgung der Region mit umweltverträglicher Energie und landwirtschaftlichen Produkten immer mehr an Bedeutung gewinnen und vielfältige Ansatzpunkte für den Ausbau regionaler Wirtschaftsleistungen bieten.
- Die solide Finanzausstattung der öffentlichen Haushalte und ihre geringe Belastung durch Sozialausgaben eröffnen vielfältige Handlungsmöglichkeiten. Da es sich aber überwiegend um kleinere Gemeinden mit geringem Steueraufkommen handelt, sind die Gestaltungsspielräume recht eng.
- Die regionalen Versorgungszentren haben durch die zunehmende Konzentration und Zentralisierung von Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen weiteres Entwicklungspotenzial.

Infrastruktur und Daseinsvorsorge

Zwar verfügen die Kommunen des Typs 8 über eine hohe Standortqualität und Entwicklungspotenziale, doch auch sie müssen auf das leichte Bevölkerungswachstum bei gleichzeitiger gesellschaftlicher Alterung und zunehmender Heterogenisierung ihrer Einwohner:innen mit weitsichtigen Gestaltungskonzepten reagieren. Handlungsdruck entsteht insbesondere durch die zukünftig wachsende Zahl älterer Menschen und durch die wachsende regionale und interkommunale Konkurrenz um junge Bewohner:innen und qualifizierte Arbeitskräfte. Städte und Gemeinden sollten in der Verwaltung ressortübergreifende Strukturen schaffen und proaktiv in den Handlungsfeldern Wohnraumversorgung, Siedlungsentwicklung, Familien- und Seniorenpolitik, Mobilität, Umwelt und Wirtschaft aktiv werden.

Nicht alle Kommunen verfügen über die Ressourcen oder das erforderliche Know-how, ein Handlungs- und Maßnahmenkonzept zu entwickeln. Die kleineren Städte und Gemeinden sollten sich deshalb der Unterstützung der Landkreise oder externer Institutionen bedienen oder sich ggf. mit Nachbarkommunen, die vor vergleichbaren Herausforderungen stehen, zusammentun. Alle Kommunen sollten prüfen, welche Landes-, Bundes- und EU-Programme bzw. Modellvorhaben und Angebote landes- und bundesweiter Initiativen sie für die Verwirklichung ihrer Ziele nutzen können.

Eine wichtige Voraussetzung für effiziente Steuerungsprozesse sind belastbare Grundlageninformationen über lokale und regionale Entwicklungen. Hilfreich für die kontinuierliche Beobachtung der demografischen Entwicklung und ihrer Effekte sind Monitoringsysteme, mit denen sich die örtliche Situation und Perspektive zeitnah erfassen lassen. Der Aufwand für die Einrichtung von Beobachtungs- und Monitoringsystemen hat sich in den letzten Jahren erheblich verringert, sodass die Hürden auch für kleinere Gemeinden niedriger geworden sind. So

veröffentlichen fast alle Bundesländer regelmäßig regionalisierte Bevölkerungsanalysen und Vorausberechnungen, die Bertelsmann Stiftung stellt im „Wegweiser Kommune“ eine umfassende Sammlung von Daten und Informationen für alle Kommunen über 5.000 Einwohner:innen zur Verfügung.

Im Rahmen der Siedlungspolitik sollten Kommunen ihre Siedlungsentwicklung auf die Innenentwicklung ausrichten. Ein kommunales Siedlungsflächenkonzept sollte auf den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Demografiefestigkeit basieren, die Bevölkerung frühzeitig in die Konzeption eingebunden werden. Neubaumaßnahmen sollten so weit wie möglich auf infrastrukturell erschlossene Flächen im Siedlungsbestand gelenkt und Potenziale für die Verdichtung, Wiedernutzung, Umnutzung und Aufstockung wahrgenommen werden.

Die Städte und Gemeinden sind sehr attraktive und familiengeprägte Wohnstandorte. Um dieses Profil zu erhalten und als Zuzugsort weiterhin attraktiv zu bleiben, müssen sie berücksichtigen, dass sich die Einwohner- und Haushaltsstrukturen und damit auch Vorstellungen von Wohnqualität wandeln. Ein wichtiger Faktor ist hierbei auch zukünftig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wozu etwa die verstärkte Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Kleinkinder, Angebote der Kinderbetreuung sowie Unterstützung bei der Pflege älterer Angehöriger zählen. Bildung und Kultur gewinnen im Kontext der zukunftsorientierten Stadtentwicklung ebenfalls zunehmend an Bedeutung. Beide gehören zu den sogenannten „weichen Standortfaktoren“, die häufig ausschlaggebend sind für die Wohnstandortwahl von Familien und jungen Menschen und für Standortentscheidungen von Unternehmen. Zu den Herausforderungen für die Kommunen im Typ 8 zählen mittel- bis langfristig auch eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik, die eine selbstständige Lebensführung bis ins hohe Alter durch Formen von Integration, Kommunikation und Unterstützung fördert.

Die Ortskerne und Stadtzentren sind von zentraler Bedeutung für die Identifikation der Bürger:innen mit ihrem Wohnort und gleichzeitig das „Aushängeschild“ für Besucher:innen und potenzielle Zuwander:innen. Vielerorts aber haben sich Wachstumskräfte auf Randbereiche gerichtet und in den Kernbereichen damit zu einem Verlust von Funktionen geführt. Die Städte und Gemeinden müssen einer solchen Entwicklung entgegenwirken und die Stärkung ihres Zentrums als wichtige Zukunftsaufgabe verstehen.

Die Gewährleistung von Mobilität gehört zu den wichtigen kommunalen Aufgaben. Dabei geht es sowohl um die Anbindung an die Kernstädte bzw. die Mobilität innerhalb des Ballungsraums als auch um die Mikroverkehre innerhalb der Kommunen. Die Städte und Gemeinden sollten davon ausgehen, dass Berufs- und Ausbildungs-pendlerverkehre ebenso wie Freizeitverkehre weiter zunehmen werden. Sie müssen andererseits davon ausgehen, dass mit der gesellschaftlichen Alterung die Zahl der nicht motorisierten Einwohner:innen zunimmt und unter den Jüngeren Mobilitätsformen jenseits des privaten PKW an Attraktivität gewinnen.

Schon derzeit kommt dem öffentlichen Personenverkehr eine große Bedeutung bei der Bewertung von Standortattraktivität zu. Zur Verbesserung der innerörtlichen Situation sollten die Kommunen überprüfen, welche Anpassungs- und Aufwertungsmaßnahmen für eine zukunftsorientierte Mobilitätssicherung erforderlich sind, und dabei jeweils auf die Bedarfe spezieller Nutzergruppen, wie Kinder und Jugendliche, hochbetagte Menschen und Berufstätige, achten. Hierzu zählen eine schlüssige Netzplanung für den Radverkehr, für Service- und Ladestationen für Elektrofahrräder und -autos sowie die Vernetzung verschiedener Mobilitätsformen.

Migration und Integration

Um zugewanderten Menschen Möglichkeiten zur Teilhabe im ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Bereich zu eröffnen und ihnen ein schnelles Einleben zu erleichtern, sind weitsichtige Strategien und kurzfristig koordinierte Maßnahmen erforderlich. Die Betreuung und Unterstützung der Geflüchteten werden vielerorts in hohem Maße durch bürgerschaftliches Engagement unterstützt. In der Bevölkerung sollte um stärkere Akzeptanz für die Aufnahme von Geflüchteten und Migrant:innen geworben und in der Kommune ein Geflüchtetenmanagement mit Informations- und Beratungskompetenzen eingerichtet werden.

Bei der Wohnraumversorgung sollten Übergangslösungen, räumliche Konzentration und Ausgrenzung von Zuwander:innen vermieden und Wohnraum stattdessen in bestehende Wohngebiete gelegt werden. Die möglichst schnelle Integration in den Arbeitsmarkt gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen für die Teilhabe der Zuwander:innen im ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Bereich. Je länger sie zur Untätigkeit verurteilt sind, desto schwerer werden sie sich vor Ort einleben und desto schwieriger wird es, die Akzeptanz in der Bevölkerung zu sichern. Sprachkurse für Erwachsene und ein umfangreiches Sprachkursangebot sowie Mentoren-Leseprogramme als auch Patenschaften für Kinder fördern die frühzeitige gesellschaftliche und berufliche Integration.

Durch die Vernetzung der lokalen und regionalen Akteur:innen, durch direkten und informellen Austausch unter den Beteiligten über Erfahrungen und Erfolge mit Projekten und Maßnahmen können Ressourcen effektiver eingesetzt werden. Die Kommunen sollten solche Möglichkeiten nutzen und zum einen an bereits tätigen regionalen Netzwerken teilnehmen (z. B. Integrationsnetzwerk, Ausbildungsverbund), zum anderen versuchen, selbst Netzwerke zu initiieren.

Wettbewerbsfähigkeit und Digitalisierung

Die Kommunen im Typ 8 haben in den vergangenen Jahren in Bezug auf die Arbeitsplatzentwicklung überdurchschnittlich stark von diesem Wachstum profitiert. Die relative Nähe zu wichtigen Wirtschaftsstandorten und die teilweise vorhandene Anbindung an Hochschulen bieten auch für das zukünftige Wachstum einen guten Ausgangspunkt. Diese Stellung gilt es im regionalen, nationalen und internationalen Wettbewerb um Investitionen und hoch qualifizierte Arbeitskräfte zu halten und zu stärken. Ein wichtiger Faktor wird für die Städte und Gemeinden die Bindung junger Einwohner:innen sein, beispielsweise indem für den relativ großen Anteil der unter 18-Jährigen qualifizierende Ausbildungsplätze angeboten werden.

Eine wichtige Rolle kommt dabei aber auch den sogenannten „weichen Standortfaktoren“ zu und die Städte und Gemeinden sollten die Sicherung und Aufwertung der Wohn- und Lebensqualität für die unterschiedlichen Bevölkerungs- und Lebensstilgruppen auch als Stärkung der Standortfaktoren für die Wirtschaft sehen. Das heißt, dass sie neben dem Wohnraumangebot auch der Familienfreundlichkeit, der Qualität von Bildungs- und Kulturangeboten, der Attraktivität des öffentlichen Raums und der Qualität des sozialen und kulturellen Zusammenlebens eine große Bedeutung zumessen müssen.

Mit den zunehmenden Standortflexibilitäten eröffnen sich für die Städte und Gemeinden zusätzliche Entwicklungschancen. Die meisten Städte und Gemeinden sind in einer guten Position, den intensiven Einsatz vernetzter Informations- und Kommunikationstechnologien voranzutreiben. Der Ausbaustandard der notwendigen technischen Infrastrukturen – Breitband und mobiles Internet – ist gut bzw. die Nachfrage der Nutzer:innen ausreichend groß, um die schnelle Anpassung an den erforderlichen technischen Standard für die Anbieter:innen wirtschaftlich interessant zu machen. Die Städte und Gemeinden sollten daher den Ausbau zu einer intelligent vernetzten Kommune vorantreiben und im Hinblick auf Anwendungs- und Handlungsfelder, wie zukünftige Formen von Mobilität, Energieerzeugung und -nutzung, digitale (Weiter)Bildung, kommunalpolitische Beteiligungsmöglichkeiten und elektronische Dienstleistungsangebote der Verwaltung, planen.

Durch das Internet ist das Spektrum der Tätigkeiten und Arbeitsplätze, die „footloose“ geworden, also nicht ortsgebunden sind, stark angestiegen. Viele hoch qualifizierte Tätigkeiten lassen sich vom Wohnstandort aus durchführen und die Kombination von Wohnen und Arbeiten unter einem Dach lässt sich zunehmend auch in den Umlandgemeinden von Wirtschaftszentren verwirklichen.

Die Kommunen sollten dieses Potenzial nutzen und durch eigene Maßnahmen verstärken. So könnten sie z. B. ihre Standortattraktivität für Selbstständige und Start-ups durch die Initiierung und Förderung von Co-Working Centers erhöhen. Eine solche Einrichtung mit hochwertiger technischer und insbesondere digitaler Infrastruktur, ergänzt um eine qualitätsvolle Kinderbetreuung und ggf. eine Tagespflege, würde Arbeitskräften das tägliche Pendeln in die Kernstadt oder an einen anderen Ort im Wirtschaftsraum ersparen und damit den Wohnstandort attraktiver machen.

Interkommunale und regionale Kooperation

Die Profilierung und Stärkung sowohl als regionales Wirtschaftszentrum wie als Wohnort bedarf einer intensiven Abstimmung mit den umliegenden Kommunen und eines Ausbaus der Kooperationsbeziehungen. Die regionale Zusammenarbeit wird für die Städte und Gemeinden immer wichtiger, weil sich viele Zukunftsaufgaben nur realisieren lassen, wenn Ressourcen gebündelt und Lösungen in Zusammenarbeit von Kommunen, Wirtschaft und weiteren Kooperationspartner:innen (insb. Bildungsträgern, Verkehrsbetrieben, Kultureinrichtungen) gefunden werden.

Wenngleich die meisten Städte und Gemeinden bereits in Kooperationsnetzwerke eingebunden sind, gilt doch für alle, dass sie sich für eine Intensivierung der regionalen und interkommunalen Kooperation einsetzen und in den für sie wichtigen Handlungsfeldern aktiv und kreativ mitarbeiten sollten. Dafür müssen vielerorts aber erst noch kooperative Politikformen entwickelt werden, die ermöglichen, dass alle Partner:innen auf Augenhöhe miteinander verhandeln, unproduktiver Wettbewerb vermieden wird und Lasten auf alle Schultern verteilt werden.

5 Indikatorenerläuterung

| Alterswanderung (je 1.000 Einwohner) | |
|--------------------------------------|---|
| Erklärung | Im Jahr z zogen x Personen der Altersgruppe der über 65-Jährigen (berechnet auf je 1.000 Personen der jeweiligen Altersgruppe) mehr zu, als daraus fortgezogen sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt). |
| Berechnung | $(\text{Zuzüge 65-Jährige und älter} - \text{Fortzüge 65-Jährige und älter}) / \text{Bevölkerung 65-Jährige und älter} * 1.000$ (Bezugsjahre: Wanderungsgewinn/-verlust und Bevölkerung jeweils über die letzten 4 Jahre gemittelt) |

| Anteil unter 18-Jährige (%) | |
|-----------------------------|--|
| Erklärung | Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung beträgt x %. |
| Berechnung | $\text{Bevölkerung unter 18 Jahre} / \text{Gesamtbevölkerung} * 100$ |

| Anteil 65- bis 79-Jährige (%) | |
|-------------------------------|--|
| Erklärung | Der Anteil der Personen im Alter von 65 bis unter 80 Jahren an der Gesamtbevölkerung des betrachteten Gebiets beträgt x %. Der Indikator zeigt Trends für altersspezifische Infrastrukturanforderungen, insbesondere für die Bedürfnisse nach Eintritt in den Ruhestand. |
| Berechnung | $\text{Bevölkerung 65 bis 79 Jahre} / \text{Gesamtbevölkerung} * 100$ |

| Anteil ab 80-Jährige (%) | |
|--------------------------|--|
| Erklärung | Der Anteil der Personen im Alter ab 80 Jahren an der Gesamtbevölkerung des betrachteten Gebiets beträgt x %. Der Indikator zeigt Trends für altersspezifische Infrastrukturanforderungen, insbesondere für die Bedürfnisse der Hochbetagten. |
| Berechnung | $\text{Bevölkerung ab 80 Jahre} / \text{Gesamtbevölkerung} * 100$ |

| Arbeitslosenanteil an den SvB (%) | |
|-----------------------------------|---|
| Erklärung | x % der Erwerbspersonen sind arbeitslos. Arbeitslosenzahl: Jahresdurchschnitt. Erwerbspersonen in diesem Zusammenhang: sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) am Wohnort + Arbeitslose |
| Berechnung | $\text{Arbeitslose 15 bis 64 Jahre} / (\text{SvB am Wohnort 15 bis 64 Jahre} + \text{Arbeitslose 15 bis 64 Jahre}) * 100$ (Stichtag für SvB: 30.6.) |

| Arbeitsplatzentwicklung vergangene 5 Jahre (%) | |
|--|---|
| Erklärung | Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) hat sich in den vergangenen 5 Jahren um x % verändert. Arbeitsplatzzuwachs oder Arbeitsplatzabbau im Verhältnis zu den bestehenden Arbeitsplätzen: Ein hoher positiver Wert weist auf eine hohe positive wirtschaftliche Dynamik hin. |
| Berechnung | $(\text{SvB am Arbeitsort} - \text{SvB am Arbeitsort vor 5 Jahren}) / \text{SvB am Arbeitsort vor 5 Jahren} * 100$ (Stichtag: 30.6.) |

| Arbeitsplatzzentralität | |
|-------------------------|---|
| Erklärung | Eine höhere Bedeutung einer Gemeinde als Arbeitsort denn als Wohnort äußert sich in einem Wert > 1. Dies bedeutet, dass mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) dort arbeiten als wohnen. Umgekehrt bedeutet ein Wert < 1, dass mehr SvB dort wohnen als arbeiten. |
| Berechnung | $\text{SvB am Arbeitsort} / \text{SvB am Wohnort}$ (Stichtag: 30.6.) |

| Ausländeranteil (%) | |
|---------------------|---|
| Erklärung | x % der Einwohner sind ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Für einige Bundesländer liegen die Daten nur auf Kreisebene vor. |
| Berechnung | Anzahl ausländischer Einwohner / Anzahl Einwohner insgesamt * 100 |

| Beschäftigungsquote (%) | |
|-------------------------|---|
| Erklärung | x % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren sind am Wohnort als sozialversicherungspflichtig beschäftigt (SvB) gemeldet. |
| Berechnung | (SvB am Wohnort 15 bis 64 Jahre) / (Bevölkerung 15 bis 64 Jahre) * 100 (Stichtag für SvB: 30.6.) |

| Beschäftigungsquote 55- bis 64-Jährige (%) | |
|--|--|
| Erklärung | Der Anteil der am Wohnort sozialversicherungspflichtig beschäftigt (SvB) gemeldeten Personen im Alter von 55 Jahren und mehr an der Bevölkerung im Alter von 55 bis 64 Jahren beträgt x %. |
| Berechnung | SvB am Wohnort 55 bis 64 Jahre / Bevölkerung 55 bis 64 Jahre * 100 (Stichtag für SvB: 30.6.) |

| Bevölkerungsentwicklung 2013 bis 2018 (%) | |
|---|--|
| Erklärung | Die Bevölkerungszahl hat über die vergangenen 5 Jahre um x % zugenommen/abgenommen. |
| Berechnung | (Bevölkerungsstand zum 31.12.[2018] – Bevölkerungsstand zum 31.12.[2013]) / Bevölkerungsstand zum 31.12.[2013] * 100 |

| Bildungswanderung (je 1.000 Einwohner) | |
|--|--|
| Erklärung | Im Jahr z zogen x Personen der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen (berechnet auf je 1.000 Personen der jeweiligen Altersgruppe) mehr zu, als daraus fortgezogen sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt). Zu beachten ist, dass in der jüngsten Vergangenheit durch die Zuwanderung von Geflüchteten die bisher wirksamen Dynamiken überlagert werden. Die Geflüchteten ergänzen also die Kohorte der zum Bildungserwerb wandernden Personen. |
| Berechnung | (Zuzüge 18- bis 24-Jährige – Fortzüge 18- bis 24-Jährige) / Bevölkerung 18- bis 24-Jährige * 1.000 (Bezugsjahre: Wanderungsgewinn/-verlust und Bevölkerung jeweils über die letzten 4 Jahre gemittelt) |

| Einpersonen-Haushalte (%) | |
|---------------------------|--|
| Erklärung | x % aller Haushalte in der Kommune sind Einpersonen-Haushalte. |
| Berechnung | Einpersonen-Haushalte / Anzahl Haushalte * 100 |

| Einwohnerdichte (Einwohner je Hektar) | |
|---------------------------------------|---|
| Erklärung | Pro Fläche in Hektar gibt es x Einwohner. |
| Berechnung | Gesamtbevölkerung / Fläche in ha |

| Entwicklung Ausländeranteil (%) | |
|---------------------------------|--|
| Erklärung | Der Ausländeranteil hat sich, gemittelt über die letzten 5 Jahre, um x % entwickelt. |
| Berechnung | (Ausländeranteil zum 31.12.[2018] – Ausländeranteil zum 31.12.[2013]) / Ausländeranteil zum 31.12.[2013] * 100 |

| Familienwanderung (je 1.000 Einwohner) | |
|--|--|
| Erklärung | Im Jahr z zogen x Personen der Altersgruppen der unter 18-Jährigen und der 30- bis 49-Jährigen (berechnet auf je 1.000 Personen der jeweiligen Altersgruppe) mehr zu, als daraus fortgezogen sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt). |
| Berechnung | (Zuzüge 0- bis 17-Jährige und 30- bis 49-Jährige – Fortzüge 0- bis 17-Jährige und 30- bis 49-Jährige) / Bevölkerung 0- bis 17-Jährige und 30- bis 49-Jährige * 1.000 (Bezugsjahre: Wanderungsgewinn/-verlust und Bevölkerung jeweils über die letzten 4 Jahre gemittelt) |

| Geburten (je 1.000 Einwohner) | |
|-------------------------------|--|
| Erklärung | Innerhalb des Jahres wurden in dem betrachteten Gebiet x Personen auf je 1.000 Einwohner geboren. Die natürlichen Bevölkerungsveränderungen sind in fast allen Kommunen niedriger als die Wanderungen. |
| Berechnung | Lebendgeburten / Bevölkerung * 1.000 (Bezugsjahre: Lebendgeburten und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre) |

| Hochqualifizierte am Arbeitsort (%) | |
|-------------------------------------|--|
| Erklärung | x % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) haben einen akademischen Berufsabschluss. |
| Berechnung | SvB mit akademischem Berufsabschluss am Arbeitsort / SvB am Arbeitsort * 100 (Stichtag: 30.6.) |

| Hochqualifizierte am Wohnort (%) | |
|----------------------------------|--|
| Erklärung | x % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) Einwohner der Kommune haben einen akademischen Berufsabschluss. |
| Berechnung | SvB mit akademischem Berufsabschluss am Wohnort / SvB am Wohnort * 100 (Stichtag: 30.6.) |

| Kaufkraft (Euro je Haushalt) | |
|------------------------------|---|
| Erklärung | Das durchschnittliche Gesamtnettoeinkommen eines Haushalts beträgt x Euro. Die allgemeine Kaufkraft umfasst die Summe aller Nettoeinkünfte (Arbeitslohn, Rente, Sozialleistungen, Kindergeld). Der Indikator weist auf die wirtschaftliche Stärke einer Kommune bzw. ihrer Einwohnerschaft hin. |
| Berechnung | Summe aller Haushaltsnettoeinkommen / Anzahl Haushalte |

| Kinderarmut (%) | |
|-----------------|---|
| Erklärung | x % der Bevölkerung unter 15 Jahren erhalten Sozialgeld nach SGB II. Für einige Bundesländer liegen die Daten nur auf Kreisebene vor. |
| Berechnung | Anzahl nicht erwerbsfähiger Leistungsbezieher (LB) unter 15 Jahren + nicht Leistungsberechtigter (NLB) unter 15 Jahren (Stichtag: im Dezember) / Anzahl Einwohner unter 15 Jahren * 100 |

| Medianalter (Jahre) | |
|---------------------|--|
| Erklärung | Das Medianalter ist das Lebensalter, das eine Population statistisch in zwei gleich große Gruppen teilt: 50 % der Bevölkerung sind jünger und 50 % sind älter als dieser Wert. Im Gegensatz zum Durchschnittsalter werden Verzerrungen durch Extremwerte vermieden. Gibt einen Hinweis auf den Fortschritt des Alterungsprozesses der Bevölkerung. |
| Berechnung | Alter des n/2-ten Einwohners bei einer Rangfolgenbildung nach erreichtem Lebensalter |

| Natürliche Saldorate (je 1.000 Einwohner) | |
|---|--|
| Erklärung | Im Jahr z wurden x Personen auf je 1.000 Personen der Bestandsbevölkerung mehr geboren als gestorben sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt). |
| Berechnung | $((\text{Lebendgeburten} - \text{Sterbefälle}) / \text{Bevölkerung} * 1.000$ (Bezugsjahre: Lebendgeburten, Sterbefälle und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre) |

| Pendlersaldo an der Bevölkerung – gesamt (%) | |
|--|---|
| Erklärung | Der Pendlergewinn bzw. -verlust pro 100 Einwohner der erwerbsfähigen Bevölkerung beträgt x Personen. Pendlersaldo = Einpendler – Auspendler. Ein positiver Pendlersaldo bedeutet, es pendeln mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) in die Kommune ein als aus. Pendeln dagegen mehr SvB aus der Kommune aus als ein, dann handelt es sich um einen negativen Pendlersaldo. |
| Berechnung | $(\text{Anzahl SvB Einpendler} - \text{Anzahl SvB Auspendler}) / \text{Bevölkerung 15 bis 64 Jahre} * 100$ |

| SGB II-Quote (%) | |
|------------------|--|
| Erklärung | x % der Bevölkerung unter 65 Jahren erhalten Leistungen nach SGB II (Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld). |
| Berechnung | $\text{Anzahl Leistungsberechtigter (LB) nach SGB II (Stichtag: im Dezember)} / \text{Anzahl Einwohner unter 65 Jahren} * 100$ |

| Steuereinnahmen pro Einwohner (Euro je Einwohner) | |
|---|--|
| Erklärung | Die über die letzten 4 Jahre gemittelten Steuereinnahmen einer Kommune betragen im Durchschnitt x Euro pro Einwohner. Die Steuereinnahmen der Gemeinde (Grundsteuer, Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer) pro Einwohner bezeichnen die Steuerkraft einer Gemeinde. Die Steuerkraft ist ein Einflussfaktor für den finanziellen Handlungsspielraum der Kommune. |
| Berechnung | $\text{Steuereinnahmen} / \text{Gesamtbevölkerung}$ (Steuereinnahmen = Grundsteuer A + Grundsteuer B + Gewerbesteuer + Gemeindeanteil an Einkommensteuer + Gemeindeanteil an Umsatzsteuer. Bezugsjahre: Steuereinnahmen und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre. Für einige Bundesländer liegen die Daten nur auf Kreisebene vor.) |

| Verhältnis der Beschäftigungsquote von Frauen und Männern (%) | |
|---|--|
| Erklärung | Die Frauenbeschäftigungsquote beträgt x % der Männerbeschäftigungsquote. Sind mehr Frauen als Männer sozialversicherungspflichtig beschäftigt (SvB), liegt der Wert bei über 100 %. Bei einem Wert von unter 100 % sind mehr Männer als Frauen in den Arbeitsmarkt integriert. |
| Berechnung | $\text{SvB Frauen am Wohnort 15 bis 64 Jahre} / \text{Frauen 15 bis 64 Jahre}) / (\text{SvB Männer am Wohnort 15 bis 64 Jahre} / \text{Männer 15 bis 64 Jahre}) * 100$ (Stichtag für SvB: 30.6.) |

| Wanderungssaldo (je 1.000 Einwohner) | |
|--------------------------------------|---|
| Erklärung | Im Jahr z zogen x Personen auf je 1.000 Personen der Bestandsbevölkerung mehr zu, als daraus fortgezogen sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt). |
| Berechnung | $\text{Zuzüge} - \text{Fortzüge}) / \text{Bevölkerung} * 1.000$ (Bezugsjahre: Zuzüge, Fortzüge und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre) |

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Tobias Bürger | Petra Klug
Project Manager | Senior Project Manager
Telefon +49 5241 81-81 832 | -81 347
tobias.buerger@bertelsmann-stiftung.de | petra.klug@bertelsmann-stiftung.de

Der *Text* und die *Grafiken* dieser Publikation sind lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0. International (CC BY 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>



Davon ausgenommen sind das Logo der Bertelsmann Stiftung sowie das Titelbild.

Titelbild: Max Böttinger / Unsplash – [Unsplash License](#)

Empfohlene Zitierweise: Bertelsmann Stiftung (2020). Demografietypisierung 2020 – Typ 8: Wohlhabende Städte und Gemeinden in wirtschaftlich dynamischen Regionen. Gütersloh.

Datum der Veröffentlichung: 30. November 2020

www.bertelsmann-stiftung.de